



„Kurswechsel in der Gesundheitspolitik“

Frühjahrsfest in Berlin – Zahnärzte fordern finanzielle Planungssicherheit

Das Frühjahrsfest der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV) und der Bundeszahnärztekammer (BZÄK) ist ein fester Termin im Kalender der Berliner Politik. Die Vertreter des Berufsstandes forderten vor 350 Gästen aus Politik, Selbstverwaltung, Medien und Gesundheitswirtschaft erneut einen Kurswechsel in der Gesundheitspolitik. Die bayrischen Zahnärzte waren durch den Vorstand sowie den Vorsitzenden der Vertreterversammlung der KZVB und den Präsidenten der BLZK in Berlin vertreten.

Den festlichen Rahmen für das Frühjahrsfest bot die Vertretung des Landes Baden-Württemberg. Stephan Ertner, Dienststellenleiter der Landesvertretung, betonte in seiner Begrüßung die Unterstützung der Landesregierung für die Forderung der Zahnärzte, die Ausbreitung von investorengetragenen Medizinischen Versorgungszentren (iMVZ) in der zahnärztlichen Versorgung einzudämmen.

Martin Hendges, Vorstandsvorsitzender der KZBV, skizzierte im Anschluss die großen Linien der vertragszahnärztlichen Versorgung. Mit seinem Amt verbinde ihn der Anspruch, „Gesundheit gestalten“ zu wollen. Für ihn stehen dabei die Stärkung der Präventionsorientierung, die Digitalisierung sowie die Frage im Vordergrund, wie die zahnmedizinischen Versorgungsstrukturen zukunftsfest gemacht werden können. Vor diesem Hintergrund appellierte Hendges an Bundesgesundheitsminister Lauterbach und die Abgeordneten der Ampel, einen politischen Kurswechsel einzuleiten:

„Dem zahnärztlichen Nachwuchs und denen, die Versorgung heute aufrechterhalten, dürfen wir die Freude am Beruf

nicht durch fehlende finanzielle Planungssicherheit, überbordende Bürokratie und eine versorgungsferne Digitalisierungsstrategie nehmen.“ Eine Politik, die für den zahnmedizinischen Bereich allein auf Kostendämpfung setze, sei in hohem Maße versorgungsfeindlich. Besonders die mit dem GKV-Finanzstabilisierungsgesetz (GKV-FinStG) 2022 wiedereingeführte strikte Budgetierung und die damit verbundene Kappung der finanziellen Mittel für die präventionsorientierte Parodontitistherapie kritisierte Hendges scharf. Die Ergänzung des aktuellen Referentenentwurfes für das „Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz“ (GVSG) um eine Herausnahme der Parodontitistherapie aus der Budgetierung bezeichnete er insoweit als „letzte Chance“, wenigstens noch die schlimmsten Folgen für die Patientenversorgung abzufedern, „vor allem aber dafür zu sorgen, dass die Parodontitisversorgung in 2025 wieder auf die Füße kommen kann.“

Dringend notwendigen Korrekturbedarf nannte Hendges auch in anderen Bereichen. Als „Versorgungsgesetz“ müsse das GVSG dafür genutzt werden, endlich die

lang versprochene Entbürokratisierung im Gesundheitswesen anzugehen sowie gesetzliche Regelungen einzuführen, die der anhaltenden Ausbreitung von iMVZ und damit den nachgewiesenen Gefahren für die Patientenversorgung, wie vom Bundesgesundheitsminister schon 2022 versprochen, „einen Riegel“ vorschieben. Auch diese Regelungen fehlen im aktuellen Entwurf für das GVSG.

Lob von der Politik

Die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit, Sabine Dittmar, stellte in ihrem Grußwort zunächst die enormen Verbesserungen heraus, die die Mundgesundheit in Deutschland in den letzten Jahrzehnten erfahren habe: „Daran haben die Zahnärzteschaft und ihre Spitzenorganisationen einen ganz maßgeblichen Anteil.“ Die von KZBV, BZÄK und auch den zahnmedizinischen Fachgesellschaften eingebrachten Versorgungskonzepte hätten wesentlich dazu beigetragen, die Prävention in der zahnmedizinischen Versorgung auf ein neues Niveau zu heben. „Dafür gebührt Ihnen, die an der Entwicklung und der Verbrei-



Die bayerischen Zahnärzte waren beim Frühjahrsfest in Berlin gut vertreten.

zung dieser Versorgungskonzepte beige-
tragen haben, ein großer Dank“, erklärte
die Staatssekretärin weiter.

Zu den wichtigen Blaupausen für eine bes-
sere Versorgung gehöre auch das 2017
von KZBV, BZÄK und DG PARO (Deutsche
Gesellschaft für Parodontologie e.V.) vor-
gelegte „Konzept für die Behandlung von
Parodontalerkrankungen bei Versicherten
der Gesetzlichen Krankenversicherung“
(PAR-Versorgungskonzept), auf dessen
Grundlage 2021 die neue, präventions-
orientierte Parodontitistherapie eingeführt
wurde. Die Kritik der Zahnärzteschaft am
GKV-FinStG, wonach die strikte Budgetie-
rierung insbesondere die modernisierte
Parodontitisversorgung hart treffe und
mit Blick auf die hohe Prävalenz schwere
Negativfolgen für die Patientenversorgung
mit sich bringe, teile sie jedoch nicht. Die
mit dem Gesetz beschlossenen Konsoli-
dierungsmaßnahmen seien notwendig
gewesen, um das Defizit der GKV zu ver-
ringern, verteidigte Dittmar den Sparkurs
von Bundesgesundheitsministerium (BMG)
und Ampel: „Gleichwohl begrüße ich,
dass die Kritik der Zahnärzteschaft immer
von dem Ziel geleitet ist, die Versorgung
der Patientinnen und Patienten weiterzu-
entwickeln. (...) Dass es dabei auch un-
terschiedliche Sichtweisen zwischen der
Zahnärzteschaft und dem BMG geben
kann, liegt in der Natur der Dinge und ist
insbesondere in Zeiten enger geworde-

ner Spielräume nicht überraschend.“ Der
Präsident der Bundeszahnärztekammer,
Prof. Dr. Christoph Benz, kam in seinem
Schlusswort auf die anstehenden Europa-
wahlen zu sprechen. Zudem forderte er –
anknüpfend an den Redebeitrag von Mar-
tin Hendges – die Politik auf, die Praxen
von unnötiger Bürokratie zu befreien.

Die bayerische Lösung

Beim „Get-together“ sahen sich die Ver-
treter der KZV Bayerns vielen Fragen zur

Budgetsituation ausgesetzt. Die Nachricht,
dass es in Bayern 2023 bei keiner großen
Krankenkasse zu einer Budgetüberschrei-
tung gekommen ist, hatte bundesweit
für Aufmerksamkeit gesorgt. Denn in
anderen KZV-Bereichen wurden bereits
Kürzungsbescheide im fünfstelligen Be-
reich verschickt. „Die bayerische Lösung“
(siehe BZB 5/2024) würde man sich dort
wünschen.

Leo Hofmeier



An Deutschlands Mundgesundheits haben die Zahnärzteschaft und ihre Spitzenorganisationen erheblichen Anteil, so Sabine Dittmar, Staatssekretärin im BMG.